



Winterthur / Bern, 19. Mai 2025

Medienmitteilung mit Sperrfrist Dienstag, 20. Mai 2025, 15 Uhr

Neue Orientierungshilfe für Städte und Gemeinden

Crack: Städteinitiative Sozialpolitik für eine wirksame Suchtpolitik

Als Antwort auf den zunehmenden Konsum von Crack und anderen Kokainprodukten im öffentlichen Raum veröffentlicht die Städteinitiative Sozialpolitik heute eine praxisorientierte Orientierungshilfe mit konkreten Handlungsoptionen für Schweizer Städte und Gemeinden.

In den vergangenen drei Jahren ist der Konsum von Kokainprodukten wie Crack und Freebase in vielen Schweizer Städten sprunghaft angestiegen. Damit einher geht eine zunehmende Sichtbarkeit des Phänomens im öffentlichen Raum. Die öffentliche Hand steht vor grossen Herausforderungen und muss auf die negativen Auswirkungen für die Konsumierenden und die Bevölkerung reagieren.

«Es gibt keine Patentlösung im Kampf gegen Drogen und ihre Folgen», stellt Émilie Moeschler, Stadträtin von Lausanne und Vizepräsidentin der Städteinitiative Sozialpolitik, gleich zu Beginn klar. «Die heute veröffentlichte Orientierungshilfe ist eine Premiere. Sie fasst Grundlagen der Suchtpolitik, bewährte Ansätze der Suchthilfe und wertvolle Praxisbeispiele aus unseren Mitgliederstädten in einem umfassenden Werk zusammen. Damit möchten wir Städte und Gemeinden auf dem Weg zu einer wirksamen Suchtpolitik unterstützen.»

Nach einem Rückblick auf die Vier-Säulen-Politik und die aktuelle Kokainproblematik werden in der Publikation drei konkrete Handlungsfelder vorgestellt: die Etablierung einer behördenübergreifenden Zusammenarbeit, die Einrichtung niederschwelliger Angebote zur Schadensminderung sowie die Beruhigung des öffentlichen Raums mit dem Ziel, die Akzeptanz der Bevölkerung und der politischen Behörden für die geplanten Massnahmen zu fördern.

Mit ihrem neuartigen Ansatz richtet sich die Orientierungshilfe vorwiegend an Städte und Gemeinden, die dabei sind, entsprechende Strukturen neu aufzubauen. Sie dient aber auch als Denkanstoss für Städte und Gemeinden mit etablierten Angeboten, die ihre bestehenden Massnahmen optimieren möchten.

Zusammenarbeit von Bund, Kantonen und Städten ist essenziell

Nicolas Galladé, Stadtrat von Winterthur und Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik weist auf die besondere Betroffenheit der Städte hin: «Drogenprobleme treten seit je her am stärksten in den Städten auf. Um ihnen zu begegnen, mussten die Städte innovative Lösungen finden, die oft auch andernorts übernommen wurden. Diese Vielfalt an Konzepten



und Massnahmen findet sich auch in der Orientierungshilfe wieder. Die Städte leisten oft Pionierarbeit, obwohl die gesetzliche Zuständigkeit bei den Kantonen oder beim Bund liegt.» Im Zentrum des ersten Handlungsfeldes steht deshalb die Notwendigkeit einer engen Kooperation zwischen den drei staatlichen Ebenen. Nicolas Galladé appelliert in diesem Zusammenhang: «Für eine wirksame Suchtpolitik ist es entscheidend, dass Bund, Kantone und Städte am gleichen Strick ziehen.»

Verstärkter Dialog zwischen Sozial- und Sicherheitspolitik

Die Publikation erscheint im Vorfeld der Frühlingskonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik vom 23. Mai 2025 in St. Gallen, die sich ebenfalls dem Thema Crack, Kokain und Co. widmet. Die Tagung, die gemeinsam mit der Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren durchgeführt wird, widmet sich insbesondere der Frage, wie die Zusammenarbeit zwischen den Bereichen Prävention, Soziales, Sicherheit und Polizei verstärkt werden kann.

Medienauskünfte erteilen am Dienstag, 20. Mai von 14.15 bis 15 Uhr:

Nicolas Galladé, Präsident Städteinitiative Sozialpolitik, Telefon 079 225 33 70,
nicolas.galladé@win.ch

Émilie Moeschler, Vizepräsidentin Städteinitiative Sozialpolitik, Telefon 021 315 42 00

Bezugsquelle Broschüre «Crack – Orientierungshilfe für Städte und Gemeinden»

Deutsch: [Positionen > Positionen | Städteinitiative Sozialpolitik](#)

Französisch: [Positions > Positions | Initiative des villes pour la politique sociale](#)

Die **Städteinitiative Sozialpolitik** ist eine Sektion des schweizerischen Städteverbands und vertritt die sozialpolitischen Interessen von rund 60 Schweizer Städten aus allen Regionen. Sie setzt sich für ein kohärentes System der sozialen Sicherung und eine gute Zusammenarbeit von Städten, Bund und Kantonen ein.
staedteinitiative.ch

L'**Initiative des villes pour la politique sociale** est une section de l'Union des villes suisses et représente les intérêts socio-politiques de quelque 60 villes suisses de toutes les régions du pays. Elle s'engage pour un système de sécurité sociale cohérent et pour une collaboration de qualité entre les villes, la Confédération et les cantons.

Kontakt: Katharina Rüegg, Geschäftsführerin der Städteinitiative Sozialpolitik,
Telefon +41 52 267 59 57, info@staedteinitiative.ch